

Es ist deutsch in Kaltland

Neu: "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" - 13. Auflage

Die jährlich erscheinende Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin beschreibt in über 4700 Einzelgeschnehnissen die Auswirkungen des institutionellen Rassismus der BRD auf die Betroffenen selbst. Auf Flüchtlinge, die gehofft hatten, in diesem Land Schutz und Sicherheit zu finden, und letztlich an diesem System zugrunde gingen oder zu Schaden kamen.

Während immer weniger Flüchtlinge überhaupt ins Land kommen und immer weniger Flüchtlinge hier ein Bleiberecht erhalten – im letzten Jahr wurden 411 (!) Personen als asylberechtigt anerkannt – arbeiten Behörden und Gerichte unerbittlich an dem Ziel, die Flüchtlinge, die hier sind, aus dem Land zu schaffen.

Diese Tatsache trifft vor allem die Menschen, die seit Jahren hier sind und die versucht haben - trotz der vielen Einschränkungen und Schikanen staatlicherseits - eine positive Lebensperspektive zu entwickeln. Dies gelingt den wenigsten.

Viele Flüchtlinge sind durch Verfolgung im Herkunftsland, durch Folter, durch Kriegserlebnisse oder durch die Flucht physisch und vor allem psychisch traumatisiert. Sie sind krank und bedürfen intensiver und oft jahrelanger Behandlung. Und sie brauchen ein angstfreies Umfeld und persönliche Sicherheit, um Bodenhaftung und Stabilität zu bekommen und eine Lebensperspektive entwickeln zu können.

Sehr viele dieser Flüchtlinge sind formal-juristisch "ausreisepflichtig" und somit akut von Abschiebung bedroht. Allein aufgrund von ärztlichen Gutachten gelingt es, Aufenthaltsverlängerungen in Form von sogenannten Duldungen zu bewirken. Die Flüchtlinge haben dann scheinbar eine Aussetzung der Abschiebung für ein paar Monate, oft nur für ein paar Wochen oder Tage. Danach geht der Horror weiter: der nächste Besuch der Ausländerbehörde steht an, und niemand weiß, ob in der Behörde die Festnahme zur Abschiebung erfolgt. Über Jahre hinweg ausgestellte Duldungen bedeuten also: jahrelange Angst vor Abschiebungen. Ein Leben im Wartestand, ein Leben zwischen Hoffnung auf ein dauerhaftes Bleiberecht und Fassungslosigkeit und Panik bei ablehnenden Bescheiden. Das bedeutet auch explizit eine Verhinderung der seelischen Gesundung von Traumatisierten – oft zudem eine deutliche Verschlechterung der Erkrankung bis hin zu regelrechten Re-Traumatisierungen.

Betroffen von diesem Dilemma ist nicht nur die traumatisierte Person, betroffen ist jedes Mitglied der Familie. Vor allem Kinder stehen anderen Verantwortungen gegenüber, weil sie Rollen übernehmen müssen, die ihre kindliche Entwicklung stark beeinflussen können. Aufgrund ihrer besseren Sprachkenntnisse sind sie bei Behördengängen oder Arztbesuchen der Erwachsenen oft dabei, um zu übersetzen. Sie übernehmen die Fürsorge für ihre kranken oder überforderten Eltern oder ihre älteren Geschwister. Sie sind mehrfach belastet und wachsen mit der Angst auf, unerwartet in das Land abgeschoben zu werden, vor dem ihre Eltern so große Angst haben, das sie selbst nicht kennen und dessen Sprache sie oft nur lückenhaft beherrschen. Sie müssen auch jahrelang mit der Angst leben, aus ihrem sozialen Umfeld gerissen zu werden, um im Nirgendwo zu landen.

In der 13. Auflage der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" nehmen derartige Familiengeschichten immer mehr Raum ein. Die allermeisten Suizide und Suizidversuche sind Folge der jahrelangen Zermürbungs- und Vertreibungstaktik deutscher Behörden und Gerichte. Auch die behördliche Brutalität, die nicht davor zurückschreckt, Kinder von ihren Müttern oder Vätern zu trennen oder traumatisierte Menschen aus Klinikbetten zur Abschiebung wegzuschleppen, hat in den letzten zwei, drei Jahren deutlich zugenommen.

Die Zahlen in der Dokumentation stellen nur einen kleinen Teil der Flüchtlingsrealität dar. Die Dunkelziffern sind mit Sicherheit wesentlich höher.

Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2005.

162 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 121 an den deutschen Ost-Grenzen. 439 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 259 an den deutschen Ost-Grenzen. 131 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 49 Menschen in Abschiebehaft. 629 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 393 Menschen in Abschiebehaft. 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 299 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt, 23 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und mindestens 397 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert. 62 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

12 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen, 380 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 127 Flüchtlinge in Haft.

67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 725 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt. 13 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Ein Fazit: Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 333 Flüchtlinge ums Leben - durch rassistische Übergriffe oder bei Bränden in Unterkünften starben 80 Flüchtlinge.

Seit der polizeilichen und gewaltsamen Räumung des Hausprojektes Yorck59 (www.yorck59.net) mit seinen politischen und kulturellen Projekten am 6.6.05 und der Besetzung des Südflügels vom Haus Bethanien am 11.6.05 haben wir eine neue Adresse:

Antirassistische Initiative e.V. - Dokumentationsstelle - Haus Bethanien – Südflügel

Mariannenplatz 2 - 10997 Berlin - Fon 030 – 74395432 - Fax 030 – 62705905

eMail: ari-berlin-dok@gmx.de - Internet: www.antirar.de/doku/titel.htm

358 Seiten 13,00 € (plus 1,60 € Porto & Verpackung)

Antirassistische Initiative e.V.